

# Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz: Wien).

Mit illustrierter Vierzehntags-Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

**Inserate:**  
Die 44 mm breite Nonpareillezeile 30 Pfg. Alleinige Annahmestelle Josef Wichterich, Verlag, Leipzig, Bösestraße 6 (Fernsprecher: 2101) und Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 9 (Fernsprecher: Amt Neukölln 1008).

**Erscheint**  
jeden Sonnabend, jährl. 52 Nummern.  
Preis vierteljährlich 3,90 Mark.  
Abonnements durch alle Postanstalten.

Redaktion und Expedition:  
Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3725.

Redaktionsschluß:  
Jeden Dienstag Morgen.

**Inhaltsübersicht:** Theoretisches und Praktisches über Tarifvertragsfragen in der Gärtnerei, II, III. — Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge. — Aus unserm Berufe: Aachen; Halle a. d. S.; König-berg i. Pr.; Leipzig: Arbeitslos! Unternehmerverbände: Preisvereinbarungen. — Privatgärtnerei: Rückständiges aus Plauen i. V.; Lehrlingsausbildung oder Lehrlingsausbeutung? — Stadtgärtnerei: Ludwigshafen. — Ausland Österreich: Der Verband der Gärtner Oesterreichs. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Vereinsfeste. — Literarisches. — Feuilleton: Streifzüge durch moderne Grossbetriebe; 2. Im Kalibergwerk.

**Beilage: Gärtnerei-Fachblatt Nr. 13:** Die Pflanzenwelt in Wehr und Waffen. — Die Anzucht der Orchidöen aus Samen. — Das Leben des Baumes. — Räuchern und Heizen gegen Frostgefahr. — Obstzucht im Westen von Amerika. — Buntblättriger Grünkohl. — Kleine Mitteilungen: Salix alba Linné, Weiss-Weide. — Fragekasten. — Bücherschau.

## Theoretisches und Praktisches über Tarifvertragsfragen in der Gärtnerei.

II. \*)

Wir sind uns darüber klar, daß eine wirtschaftliche Verfassungsform sich nicht durch Ideologien herstellen oder erhalten läßt. Voraussetzung ist immer der wirtschafts-technische Zustand, der die materielle Unterlage abgibt. Andererseits gebiert allerdings die materielle Unterlage die Idee, die geistige Überlegung und den theoretischen Plan, der dann der tatsächlich schon erfolgten Entwicklung meist vorausseilt.

Die bei dem alten Rechtszustande im Vorteile sind, sträuben sich gegen die neuen Gedanken und wehren sie nach Möglichkeit ab. Gelegentlich müssen aber auch sie Zugeständnisse machen. Und manchmal finden sich unter ihnen sogar Menschen, die ihre persönlichen und Klassenvorteile hintanzusetzen und aus reiner Menschlichkeit und aus bloßem Gerechtigkeitsempfinden heraus für den im Anzuge begriffenen, neu werdenden Rechtszustand öffentlich Zeugnis ablegen. Ihre Klassengenossen nennen solche Eingänger dann „Wirkköpfe“, oder sie spötteln über „weltfremde Sozialidealen“ und dergleichen. Manchmal werden diese „Wirkköpfe“ auch dadurch kurzweg totgeschlagen, daß ihre Klassengenossen sie durch Boykott und dergleichen wirtschaftlich zugrunde richten. Manchmal genügt indessen schon solche Androhung, diese Menschen wenigstens mundtot zu machen. Und schwächlichere Charaktere verstehen sich zu öffentlichen Widerrufern, indem sie ihre früheren Meinungsäußerungen nun als einen jugendlichen Irrtum bezeichnen und ihr besseres Selbst innerlich ertöten.

Bevor die Wirtschaftsverfassung eine neue Form annehmen kann, müssen also die technischen Verhältnisse sich geändert haben; das heißt sowohl in der Warenherstellung wie auch im Warenvertrieb. Körperschaftliche Arbeitsverträge (Tarifverträge) haben zur Voraussetzung die Warenherstellung und den Warenvertrieb im Rahmen einer Wirtschaftsweise, die über die örtliche Beein-

flussung hinausragt. Der Warenwert wird bekanntlich bestimmt durch den der Ware mitgeteilten Arbeitsaufwand; einenteils durch den Arbeitsaufwand im Betriebe selbst, andernteils durch jenen, der in den Betriebsmitteln und in den von anderer Stelle bezogenen mitverwendeten Rohmaterialien und teilfertigen Waren steckt. Der Warenpreis aber wird gebildet durch Angebot und Nachfrage: er ist abhängig von der sogenannten Konkurrenz, von dem Warenangebot anderer Unternehmer. Der heutige Wirtschaftsverkehr auch der Gärtnerei ist kein örtlich begrenzter mehr, er wird vielmehr volks- und sogar weltwirtschaftlich sehr stark beeinflusst. Damit ist die Unterlage für die neue Wirtschaftsverfassung materiell gegeben. Es bleibt bloß noch übrig, daß die Notwendigkeit und Nützlichkeit von den beteiligten Berufangehörigen erkannt und daß damit der Wille geweckt wird, ihr äußere Form und Gestalt zu geben und sie auch mit dem erforderlichen neuzeitlichen sozialen und ethischen Inhalt zu erfüllen. Der Grad und der Umfang dieses Erkennens und Willens spiegelt sich in den Organisationsverhältnissen wider, vor allem in denjenigen der Arbeitnehmer. Und er spiegelt sich andererseits auch in dem Verhalten der Arbeitgeber wider, sowohl in dem Verhalten der einzelnen, wie auch in demjenigen, das deren Verbände zum Ausdruck bringen.

Die Gärtnerbewegung ist noch bis auf den heutigen Tag wesentlich eine Gehilfenbewegung geblieben. Das nicht, etwa darum, weil die geistige Führung nicht den Willen hatte, auch die ungelerten Berufsarbeiter mit zu umfassen; diese Führung ist im Gegenteil schon seit einem Vierteljahrhundert bestrebt, alles in demselben Verbände zu vereinigen, was überhaupt gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt wird, und sie hat sich in dieser Richtung stetig mehr bemüht. Daß es dennoch in der Hauptsache eine Gehilfenbewegung geblieben ist, daran sind andre Umstände schuld: auf Seiten der ungelerten Berufsgenossen erstens die Höherbezahlung ihrer Arbeitskraft. Die Gehil-

### Der Arbeitsmarkt in Hamburg, Berlin und Dresden ist überfüllt.

Mitglieder, die nach dort reisen, haben auf Unterstützung keinen Anspruch.



### Kollegen, meidet die Großstädte,

um die Not der Arbeitslosen nicht noch zu vergrößern.



### Mitglieder, die arbeitslos werden

haben in ihrem Mitgliedsbuche die Innenseite des Umschlages „Zum Merken“ und im Statut das Unterstützungsreglement Seite 25 bis 32 genau zu beachten.

\*) Vergl. Nr. 25.

fenbewegung konnte den ungelerten Gärtnerarbeitern bei Aufstellung von Forderungen und bei Kämpfen um diese nichts bieten, was für sie materielle Vorteile gebracht hätte. Zweitens stand ihrem Anschluß das sehr jugendliche Alter der großen Mehrzahl der Gehilfen entgegen. Diese älteren Arbeiter fühlten sich in deren Gesellschaft um so weniger behaglich, als sie von den jugendlichen Gehilfen nicht als gleichwertige Kollegen, sondern als gesellschaftlich und beruflich niedriger stehende Berufsarbeiter betrachtet und behandelt wurden. Nur ganz langsam hat sich eine Änderung angebahnt, ausgehend von den Plätzen, wo durch die gewerkschaftlichen Kämpfe die Gehilfenlöhne an die Hilfsarbeiterlöhne herangerückt sind oder diese nun gar überragen, und wo es der Gehilfenschaft -- auch der jüngeren, die vielfach heute noch von einem gewissen Dünkel befangen ist -- nun mehr zum Bewußtsein kommt, daß sie (sowohl zu ihrem Eigenvorteil wie auch aus dem sozialistischen Gedanken der allgemeinen Arbeitersolidarität heraus) notwendigerweise mit der Hilfsarbeiterschaft geschlossen in Reih und Glied stehen muß. Aber es wird noch vieler Mühe und vieler Erziehungsarbeit -- hüben und drüben -- bedürfen, bis der Ausgleich sich ganz vollzieht und die unberechtigten Vorurteile abgetan sein werden. -- Auch die Privatgärtner haben sich bisher nicht in dem Maße beteiligt, wie das ihrer Zahl und -- man sollte meinen -- ihrer Lebenserfahrung entspricht. Eine kleinere Anzahl war von Anfang her allerdings sogar führend tätig, aber diese hat sich nicht erkenntlich vermehrt. Es waren immer Personen mit besonders idealer Veranlagung und einem gewissen sozialen Weitblick, der das solidarische Pflichtgefühl nährte und lebendig erhielt. Die größere Masse verfiel immer wieder in Gleichgültigkeit und Trägheit, sie zog sich zurück in lokale Fachsimpelevereine, um dort bestenfalls über Fachkenntnisse und -Leistungen sich gegenseitig zu unterhalten oder einfach „einen gemüthlichen Skat zu dreschen“, Andre blieben ganz daheim „bei Muttern“.

Als die Gärtnerbewegung nach Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, also vor etwa 25 bis 26 Jahren, auf den Plan trat, war sie sich über ihre Aufgaben und Ziele noch nicht ganz klar, ihre Führer wußten aber auch schon damals im wesentlichen Bescheid, -- davon gibt hinreichende Kunde zum Beispiel das Protokoll über die Verhandlungen des ersten Gärtnergehilfenkongresses, der am 8. und 9. Juni 1889 in Hamburg stattfand. Davon zeugen auch die Zeitungsartikel der damaligen Zeit und zeugen die damals aufgestellten Forderungen. Diese Führer hatten ihre

Kenntnisse und ihr Wissen erworben durch Beschäftigung mit der Gewerkschaftsbewegung anderer Berufe. Sie waren von der sehr richtigen Erkenntnis geleitet, daß in jedem Beruf im wesentlichen dieselben wirtschaftlich-sozialen Triebkräfte wirken. Und wir heute in der Front Stehenden müssen diesen Kollegen, die als erste Rufer im Streit aufgetreten sind, aus vollem Herzen dankbar sein, daß sie als Bahnbrecher gewirkt haben; wir können ihre damalige Tätigkeit gar nicht hoch genug veranschlagen, wenn wir in Betracht ziehen, welche Rückständigkeit damals noch allgemein herrschte.

Der Gedanke, Tarifverträge zu schaffen, belebte auch schon damals die Geister. Aber alle Einsichtigen wußten zugleich auch, daß solche Verträge erst später einmal Wirklichkeit werden könnten. Vorerst galt es, die Gehilfenmassen um ein Banner, um die gewerkschaftliche Idee zu scharen und sie an den Kampf zu gewöhnen. Mindestlöhne, Höchstarbeitszeit wurden programmatische Hauptpunkte, die sich den Hirnen der Gehilfenschaft mitteilten; wurden Gedanken, die durch unausgesetzte Wiederholung allmählich auch in die Hirne der Arbeitgeber übergingen. Dadurch wuchs auf seiten der Gehilfen der Wille, sich dafür einzusetzen, und auf seiten der Arbeitgeber wurde die Widerstandskraft dagegen geschwächt, weil man sich ehrlicher Weise gestehen mußte, daß solche Forderungen berechtigt sind. Und so bereite sich allmählich der Boden auch für Tarifgemeinschaften.

**Erst die den Arbeitgebern durch Arbeitskämpfe (Lohn- und Streikbewegungen) fortgesetzt zugefügten Schädigungen brachten die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es geratener sei, sich durch einen körperlichen Arbeitsvertrag zu verständigen.** In einem Ausnahmefalle erfolgte die Verständigung auch aus dem Grunde, weil die Unternehmer durch gegenseitige Schleuder Konkurrenz ihre Profite so tief hinabgedrückt hatten, daß sie eine andre Rettungsmöglichkeit garnicht mehr fanden. Und in einem andern Ausnahmefalle kam ein Tarifvertrag zustande, der in den Rahmen wirklicher, fortschrittlich wirkender Tarifverträge garnicht hineinpaßt, der seinem Wesen nach vielmehr ein Zurückwerfen der gewerkschaftlichen Bewegung bezwecken sollte und ein Arbeitswilligen-Lieferungsvertrag war. Von diesen zwei Ausnahmen abgesehen, sind alle sonst entstandenen Tarifverträge die Früchte unausgesetzter zäher Kämpfe seitens der Gehilfenschaft.

### III.

Der erste Tarifvertrag im Gärtnergewerbe wurde 1901 in Berlin abgeschlossen, es war jener, von dem eben die Rede war, derjenige, der einem Ausnahmezustande seine Entstehung verdankt, der erste Tarifvertrag in der Berliner Landschaftsgärtnerei. Die Schleuder Konkurrenz zustände waren damals in der Berliner Landschaftsgärtnerei so arg, daß führende Unternehmer in die Gehilfenversammlungen gingen und dort die Gehilfen ermunterten, sich ihrer Organisation anzuschließen, um zum Segen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber tarifliche Verpflichtungen festzusetzen. Der Vorsitzende des einige Monate zuvor gegründeten Berliner Unternehmerverbandes, Herr Landschaftsgärtner Vogler-Charlottenburg, führte in einer solchen Versammlung (am 27. Februar 1901) u. a. aus: „Wir haben uns eine Organisation geschaffen, die jedes unsrer Mitglieder, das sich einer Übertretung des festgelegten Tarifs (eines Tarifs für Arbeiten bei Privaten) schuldig macht, mit strengen Konventionalstrafen belegt... Wir erkennen Ihre (der Gehilfen) Organisation nicht nur als eine nützliche und notwendige Einrichtung an, sondern werden in Zukunft auch in erster Linie nur organisierte Gehilfen beschäftigen. Wir erwarten und verlangen von Ihnen, daß Sie sich eben so straff organisieren, wie wir es jetzt getan haben.“

Dieser erste Tarifvertrag wurde auf ein Jahr abgeschlossen; er behielt dann stillschweigend noch ein weiteres Jahr Geltung. Mittlerweile war das gegenseitige Unterbieten, die schlimmste Schleuderei der Unternehmer überwunden, und nun steckten dieselben Unternehmer eine andre Miene auf: sie lehnten jede Verhandlung ab und ließen es auf einen Streik ankommen, der am 21. März 1903 ausbrach, eine äußerst günstige Beteiligung aufwies und infolge des ebenfalls sehr günstigen Wetters nach zehn Tagen zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und dort zu einem neuen Tarifvertrage führte. Auf diesen Vertrag waren die Unternehmer aber nur eingegangen, weil sie seinerzeit die Schwäche der gegen sie gerichteten Bewegung nicht geahnt hatten. Nach fünf Wochen schon war dieser Vertrag wieder zutage gebrochen von den Unternehmern. Dieser Tarifbruch selbst hat aber manches Entschuldbare, denn die ganze Abmachung krankte an verschiedenen inneren Unmöglichkeiten, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann.

Um die gleiche Zeit, oder vielmehr drei Wochen früher als der Berliner Landschaftstreik,

## Feuilleton.

### Streifzüge durch moderne Großbetriebe.

#### 2. im Kalibergwerk.

-h. Staßfurt-Leopoldshall ist das Rheinland-Westfalen der Kaliindustrie. Dort sind große Fiskalwerke und viele privatindustrielle Kaliunternehmen, in Leopoldshall steht das Haus des Kalisyndikates. In Staßfurt versoffen die ersten Kalibergwerke, weil man früher dort Raubbau trieb.

Wie sieht es im Kalibergwerk aus?

Wir schritten rasch auf das weit draußen im freien Felde bei Staßfurt liegende Kalibergwerk zu. Als ferne Silhouette sehen wir drüben in Leopoldshall einen windschiefen Kirchturm, es ist die Folge der vielfachen Bodensenkungen. Die Kontrollmarkenstelle ist passiert, nun zur Waschkäue. Ein großer Raum, turnhallenähnlich. Noch altmodisch, mit Holzparren gebaut. Viele Reihen der typischen Badeanstaltsbänke, die Rückenlehnen zweier Bänke immer gegeneinander gestellt. An den Lehnen Nummer an Nummer, Haken, Vorlegeschlüssel in allen nur denkbaren Formen, sie halten kurze Ketten, an diesen sind lange Leinen, die am Dachsparren über Rollen gleiten. Da oben hängt die Arbeitskleidung der Einfahrenden und die Straßensachen der ausfahrenden Schicht. Schichtwechsel!

Bald haben wir offene schwelende Öllämpchen in der Hand, es geht eiserner Treppen hinauf, wir treten auf eiserner glitschige Platten -- die Hängebank. Ein großer Raum aus Eisen, Holz und Glas, in der Mitte vergittertes Gebälk, zwischen ihm zwei schwirrende Drahtseile. Die eine Förderseile taucht auf. Die Hängebankarbeiter reißen das klappernde Bändergitter weg, packen zu, stoßen und rücken mit Händen und Fuß, ein Tritt, drüben rollt ein voll beladener eiserner Karren auf den Platten entlang. Ein kurzes Zeichen, der Fahrstuhl steigt, die nächste Etage der Förderseile, die aus vier Etagen besteht, wird geleert. Die Hängebank hat sich mit Arbeitern gefüllt, wir sind dort hineingekrochen, wo eben der volle Karren hinausgestoßen wurde. Rasch, nur rasch, unten ist der Weg noch weit und der Förderkorb will Kalisalze hochbringen, alles ist Akkord, hinter jedem Griff sitzen anpeitschende Prämiern.

Der Förderkorb wippt leise am Seil, ein Signal, schon senkt er sich -- rasch und rascher zittert die Menschenfracht in die Tiefe, neben mir unterhalten sich zwei Arbeiter .....

Über dem Schacht, aus Stahl und Eisen geschlagen und genietet, steht der Förderturm, ganz oben dreht sich lautlos rasch -- die Radspeichen sind längst nicht mehr zu erkennen -- das große Rad. Das Förderseil treibt schräg über den Hof aus der Mauer des Maschinenhauses heraus, gleitet um das große Rad des Förderturmes und verschwindet in die Tiefe.

Der Maschinist schaut krampfhaft starr auf den Tiefenzeiger zur Seilschlaufe. An einem bestimmten Punkte muß das sich rasch abwickelnde Seil einen weißen Querstrich haben -- bremsen! -- die mächtigen Arme der Maschine bewegen sich langsamer, der Belastungszeiger registriert, wieder ein Zeichen, ein leiser Ruck: die Maschine steht. Wir steigen unten auf der dritten Sohle aus. In jeder Sekunde sind wir etwa sechs Meter tief gefallen, die Fahrt hat knapp eine Minute gedauert, mehr als 300 Meter über mir schiebt der Maschinist den Hebel zurück, der Förderkorb leert die nächste Etage von Menschen. Wir stehen im Füllort.

Der Füllort ist eine kleine in Gestein ausgehauene Halle. Neben mir, im dämmerigen Lichte schandbar ausgeglühter Kohlenfadenlampen ist der Förderkorb längst wieder verschwunden. Aus dem Dunkeln kommen Schmalzpurgleise, kurz über uns gleitet ein Drahtseil an der Decke entlang, an ihm werden die langen Züge von Förderwagen zum Füllort und zu den Abbaustellen gezogen. Das Kalilager liegt hier im Gebirge in mächtigem Durchmesser als Schicht flachschräg nach oben. Der Hauptstollen stößt direkt in das abzubauende Flöz und geht weiter bis in die über der Kalischicht liegende Gesteinsschicht. Ich stolpere mit meiner stinkenden Ölrunzel -- im Zeitalter der Elektrizität! -- auf einem kilometerlangen Wege weiter, Siebentausend Meter von uns entfernt ist der zweite Schacht. Jedes Bergwerk muß ja heute zwei Schächte haben. Hier ist festes Gestein, nur ganz

war in den Baumschulen zu Halstenbek und Rellingen ein Streik ausgebrochen, der, am 4. März 1903 beginnend, am 7. März zu einem Tarifvertrag führte. Hier handelte es sich um eine vollständige Überrumpelung der Unternehmer, und nur durch diese sahen sich die Unternehmer in die Zwangslage versetzt, den Vertrag abzuschließen. Als dann der Tarifvertrag am 1. März 1904 ablief, waren die Unternehmer derart gerüstet, daß es bis auf den heutigen Tag nicht gelungen ist, dort abnormals derartige Vereinbarungen einzugehen.

Anfang Januar 1904 kam in Hamburg, also in jenem Orte, der gewissermaßen die Geburtsstätte der Gärtnerbewegung ist, der erste Tarifvertrag zustande und zwar (wie s. Zt. in Berlin) in der Landschaftsbranche. Dieser Vertrag ist der erste mit einer festen und soliden Grundlage, denn er war die offen erkennliche Folge fortgesetzter Beunruhigung der Unternehmer durch Lohn- und Streikbewegungen; hinter ihm stand auch eine wirklich gut organisierte Arbeitnehmerschaft. Und dennoch hatte auch dieser nur ein Jahr Geltungsdauer und Lebenskraft. Nach seinem Ablauf verlangten die Arbeitnehmer eine Aufbesserung der darin vorgesehenen Lohnsätze, die unternehmerseits nicht bewilligt wurde. Und damit hörte die gegenseitige Bindung, der Friedens-, bzw. Waffenstillstandsvertrag auf, es setzte wieder der frühere Krieg ein, der bis 1909 dauerte und 1910 zu einem nunmehr vierjährigen Verträge führte. Die Kriegszeit von 1889 bis 1903 hatte den Stundenlohn in der Hamburger Landschaftsgärtnerei von 25 bis 30 Pfg. auf 38 bis 40 Pfg. gebracht, und der Tarif 1904 setzte den Niedrigstlohn nun auf 40 Pfg. fest. Die Arbeitszeit, die 1890 noch 11 bis 11½ Stunden währte, war durch die Kämpfe soweit herabgedrückt, daß der Tarifvertrag eine Höchst Arbeitszeit von 10 Stunden festsetzen konnte. Das war also der Erfolg einer gewerkschaftlichen Arbeit von 14 bis 15 Jahren. Von 1905 bis 1910 gestaltete sich das Verhältnis weit günstiger. Der mit dem 15. März 1910 in Kraft getretene neue Vertrag bringt zunächst eine weitere Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde, die Höchst Arbeitszeit beträgt von da ab nur noch 9½ Stunden. Der Lohn wird für geübte Gehilfen im ersten Vertragsjahre auf 54 Pfg. festgesetzt, im zweiten auf 56, im dritten und vierten auf 58 Pfg.; für ungeübte auf 50, 52, 53, 54 Pfg.; Hilfsarbeiter erhalten 50 Pfg., solche, die mehr als ein Jahr im Lohngebiet und in der Branche tätig, den Lohn geübter Gehilfen. Neben einigen andern Vorteilen sind das Haupterfolge der unausgesetzten Kampftätigkeit seit 1905.

Selten sind Stützen oder Verschalungen notwendig. Plötzlich befinden wir uns in einer hundert Meter langen, sehr breiten und haushohen Felsenhalle, einer Bergemühle. Meine Kameraden gehen an einer ganzen Anzahl gleicher Hallen vorbei, in ein schmales und niedriges schwarzes Loch gehts hinein. Die Luft ist längst staubig und stickiger geworden. Im Hauptstollen trieb uns ein frischer Luftzug im Rücken, die Bewetterung, jetzt merke ich nur noch wenig von ihr. Dumpfes Geratter, Schlagen, menschliche Stimmen und ein eigenartiges Kratzen trifft das Ohr. Wir sind vor Ort.

Von der Hauptstrecke aus, die die abzubauen Kalisalzschicht durchquert, sind im Streichenden, also längs der Schicht nach links und rechts Arbeitsstrecken aufgeschlossen. Die Arbeiter treiben mit der Hand (!) zwei Meter tiefe Löcher schräg nach oben ins Gestein. Das Salzlager wird von unten nach oben, in zwei Meter mächtigen Scheiben nach und nach mit Bohren und Sprengen niedergebrosen. Auf den Trümmern stehen die Bohrarbeiter, klemmen ihren Bohrstände zwischen Holzbohlen und leiern dann stundenlang die Bohrer schräg nach oben ins abzubauen Gebirge!

Der Staub ist zum grauen Vorhang geworden, neben mir schlagen Arbeiter auf ganz große Kainitbrocken ein, schräg oben, auf einem wahren Teufelsfelsenmeer stehen die Bohrer und quälen sich mit ihrer großen Handkurbel. — Wir kommen an

Im Jahre 1904 setzte ein Tarifvertragsrummel ein, geführt von dem neugegründeten sogenannten Deutschen Gärtnerverband und unterstützt von Arbeitgeberseite. Franz Behrens war mit einem Entwurf für einen -- Reichstarif (!) auf den Plan getreten, den er dem Buchdruckertarif nachgebildet hatte. Die Führenden des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, besonders die der Gruppe Berlin, ließen sich für diesen Rummel gern einfangen, weil sie davon eine Schwächung des A. D. G. V. erhofften. Allerdings mußte die „Reichsidee“ schon recht bald reduziert werden: es blieb nur eine Vorlage für einen „Berliner Handelsgärtnerarif“ übrig, gegen dessen Inkraftsetzung sich aber die Berliner Gehilfenschaft, unter Führung des A. D. G. V., mit aller Macht sträubte, weil die Sätze des Tarifs meist unterhalb der Grenze lagen, auf der zurzeit die Löhne größtenteils schon standen und weil diese Sätze volle fünf Jahre Gültigkeit haben sollten. Eine Inkraftsetzung im Frühjahr 1905 wurde verhindert. Aber im Herbst desselben Jahres kam es doch noch dazu, daß die Unternehmer, um damit der für das Frühjahr 1906 in Aussicht stehenden Lohnbewegung des A. D. G. V. einen Damm entgegenzusetzen, mit dem Deutschen Gärtnerverbände den angebotenen Tarif abschlossen. Die Zeitdauer wurde immerhin auf zwei Jahre herabgesetzt, ein erster praktischer äußerer Erfolg der Gegenbewegung. Auf Grund dieses Tarifs entwürdigte sich der nationale bzw. christliche Verband nun 1906 zu den ekelhaftesten Streikbrecherdiensten. Herbst 1907 erfolgte eine Verlängerung auf weitere zwei Jahre, und es wurden jetzt die Erfolge der Kämpfe des A. D. G. V. insofern mit berücksichtigt, als die Mindestlohnsätze des Tarifs um 2,— Mk. erhöht wurden: von 16,20 Mk. und 18,— Mk. auf 18,— und 20,— Mk. Und 1909 war es mit diesem Rummel zuende. Der Vertrag hatte den Unternehmern das nicht gebracht, was sie von ihm erhofft hatten. Der christliche Verband andererseits durfte, im Interesse seiner eignen Entwicklung, es nicht wagen, die Praxis weiterzuführen; er zog es vor, um seine Sünden zu büßen und vergessen zu machen, nunmehr sich in Lohn- und Tariffragen an den A. D. G. V. anzulehnen und dessen Kämpfe mit zu unterstützen, soweit er dazu Menschenmaterial hatte, das sich in den folgenden Jahren immer mehr verringerte und 1913 etwa wie 1 zu 12 gegenüber dem A. D. G. V. stand, praktisch also nur wenig Bedeutung hat. Die Kämpfe der Berliner Gehilfenschaft steigerten die Löhne in der Berliner Handelsgärtnerei seit 1904 von 15 bis 18 Mk. die Woche auf jetzt

einem stehengebliebenen Stützpfiler vorbei, sie folgen sich in gewissen Abständen, um das Hängende, das der Kalisalzschicht aufliegende Gebirge, zu stützen. Im nächsten Hohlraum steht ein Arbeiter am Fuß der Trümmerhalde und wirft Brocken um Brocken in den eisernen Kastenwagen, der auf Schienen bis hierher geführt worden ist. Ein anderer Arbeiter — die Ölfunzel am Hute leuchtet dazu und wirft von dem in den Wagen kollernden Gestein manches wieder heraus. Warum keine helle Azetylenbeleuchtung, kein elektrisches Licht? Nutzlos verpuffte Lungenenergien und gegeneinander arbeitende Arbeiter, sind sie wirklich billiger als helles Licht?

Der Wagen ist voll geworfen, er wird zum Bremsberg geschoben. Die Abbauarbeit, vor Jahren an dieser Stelle begonnen, und zwar von unten her nach oben, hat schon zwanzig Meter der Kainitschicht herausgeholt, von oben ist immer wieder Bergeversatz nach unten in die entstandenen Hohlräume geschüttet worden. Auf diesen Bergeversatz wird dann wieder die nächsthöhere Kainitschicht herabgebrochen. Im Bremsbergschacht liegen breite Schienen, auf ihnen fährt eine Schiebebühne, die durch ein Drahtseil, das ganz oben über eine Rolle läuft, mit einem Gegengewicht verbunden ist. Die Schiebebühne kommt leer nach oben gerollt, das Gewicht saust, auf engere Schienen laufend, darunter weg abwärts, der eiserne Wagen wird eilig aufgeföhren, Eisenstange vor, ein Hebelzug, und sausend stürzt die ganze

23 bis 25 Mk. Und noch immer ist es zu keinem Tarifvertrage gekommen. Das Unternehmertum hat die ihm zugefügten Schädigungen noch nicht empfindlich genug zu fühlen bekommen. Der „christliche“ Vertrag von 1905 bis 1907 und von da bis 1909 kann nicht — es sei nochmals betont — als ein normaler Zustand betrachtet werden. Er ist eine Ausnahmeerscheinung, die heute der christliche Verband selbst schon als „ungewerkschaftlich“ und als „bedauerlich“ gebucht hat, und nichts ist ihm peinlicher, als an diesen Arbeitwilligen-Lieferungsvertrag erinnert zu werden. —

Im Frühjahr 1905 wurde für Dresden der erste Tarifvertrag abgeschlossen, geltend für die Landschaftsgärtnerei, auf ein Jahr. Der Hauptanlaß war hier ein ähnlicher wie 1901 in Berlin: das Unternehmertum benötigte gleichmäßigere Konkurrenzverhältnisse. Anderserseits war auch die Gehilfenorganisation schon verhältnismäßig stark. Das nächste Jahr kam eine Erneuerung bzw. Verlängerung nicht zustande, es mußte durch Streik eine weitere Lohnerhöhung erkämpft werden. Aber 1907 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, diesmal für zwei Jahre. Seither lebt man dort wieder tariflos. Der Vertrag 1905 setzte einen Mindeststundenlohn von 35 Pfg. für Gehilfen fest, die Arbeitszeit auf 10 Stunden. Der zweite Vertrag 1907 bestimmte für das erste Vertragsjahr für Gehilfen und ständige Arbeiter 40 Pfg. die Stunde und für nichtständige Arbeiter 37 Pfg.; für das zweite Vertragsjahr 45 Pfg., bezw. 40 Pfg. Das Frühjahr 1913 brachte durch eine Streikbewegung Einzelfirmentarife mit 50 bis 55 Pfg. für Gehilfen und ständige Arbeiter und 45 bis 50 Pfg. für Aushilfsarbeiter. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden verblieben. —

Es sollen hier nicht alle bisher abgeschlossene Tarifverträge und die damit verknüpften Kämpfe und erreichten Erfolge angeführt werden — zu einer solchen Zusammenstellung, so wichtig und lehrreich sie wäre, fehlt uns leider jetzt die Zeit —, aber es muß betont werden, daß unter ähnlichen Umständen, wie hier an Beispielen vorgeführt, sich das ganze Tarifwesen in unserm Berufe entwickelt hat und es sich voraussichtlich weiterhin entwickeln wird: Im stetigen Ringen der Gehilfen- und Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum.

Noch sind wir nicht soweit, daß wir sagen könnten, der ideelle Inhalt des Tarifvertrages — nämlich die „Konstitution“, das körperschaftliche Mitbestimmungs-, „Mitregierungs“-recht — könnte uns schon allein locken, opferreiche Arbeitskämpfe

Schiebebühne zur Hauptförderstrecke, wo sich rasch ganze Wagenzüge bilden, die zum Füllort, zum Schacht gezogen werden.

Im Tempo des Produktionsprozesses eingespart, tritt hier unten jeder Arbeiter im gleichen Jagen mit. Der Hauer muß eine bestimmte Anzahl volle Wagen liefern, die Bremsbergarbeiter müssen zur bestimmten Zeit ihren Zug beisammen haben, die Förderschale darf nicht still stehen, sie will fortwährend Kali im 20 Sekundenmetertempo nach oben reißen — so schnell wird Material gefördert! — und eiserne leere Wagen nach unten werfen. Die Kalifabrik wartet auf Kainit, die Mühlen wollen Gestein zwischen den Zähnen haben, die Vorgesetzten sehnen sich nach Prämien, die Kaliherrn wünschen Gewinne.

Wenn es doch nur eine Möglichkeit gäbe, die Gegner der Arbeiterwünsche und -Forderungen, ihrer Sehnsüchte und Ziele auch nur ein lumpiges Jahr ihres langen Lebens zu Arbeitern werden zu lassen, sagen wir heute, zu Kaliarbeitern. Es würde morgen keine soziale Frage mehr zu lösen sein!

Wünsche gelten nicht, nur der Wille schafft Zukunft. Schaffen wir Erkenntnis, auch dort unten, 300 Meter unter der Erdoberfläche, wächst Solidarität und Wille zur Macht.

zu führen. Noch ist immer das Wesentliche: der materielle Inhalt solcher Verträge. Wir schließen nur dann einen Tarifvertrag ab, wenn er irgendwelche Fortschritte hinsichtlich der Lohn-, der Arbeitszeit- oder anderer Verhältnisse rein wirtschaftlicher Natur bietet. Daß auch damit stets eine Einschränkung der Herrengewalt oder des Alleinherrscherrechts der absoluten Wirtschaftsmonarchen erfolgt, wie wir solches als im Wesen der Tarifverträge begründet im ersten Artikel dargelegt haben, tut der vorhin genannten Tatsache keinen Eintrag. Das Materielle und Ideelle wächst eben gemeinsam. Es wird noch eine gute Zeitspanne vergehen, bis einmal nur um des Ideals willen um Tarifverträge gekämpft wird. Gibt man uns keine materiell wägbaren Zugeständnisse, dann arbeiten wir lieber ohne Tarifvertrag und setzen unsre Kräfte für die Kriegführung ein, wobei immer etwas herauspringt; wäre es auch nicht sofort fühlbar, später kommt es uns um so stärker zugute.

o. a.

## Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge.

II.

Die Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge unterscheiden sich von denen der alten Gesellschaften in allen wesentlichen Punkten; vor allem in den Bestimmungen über die Umwandlung und den Rückkauf von Versicherungen.

### Umwandlung von Versicherungen.

Bei einem bei zehn namhaften Versicherungsgesellschaften, die die Volksversicherung betrieben, erfolgten Gesamtangaben von 600 226 im Jahre 1911 erloschenen Volksversicherungen sind 304 090 = 50,66 % der Gesamtzahl ohne jede Vergütung verfallen. Über 300 000 Personen blühten die von ihnen bezahlten Eintrittsgelder von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Versicherung und ihre an die Versicherungsgesellschaften entrichteten Prämien ein.

Nach den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften verfallen alle Versicherungen, wenn die Versicherten länger als vorgeschrieben mit ihren Zahlungen im Rückstände bleiben. In den ersten drei Jahren wird ihnen bei den meisten Gesellschaften keine Vergütung für die eingezahlten Prämien gezahlt; erst nach drei Jahren können die Versicherten laut Gesetz verlangen, daß ihre Versicherung in eine prämiensfreie umgewandelt wird. Diese Umwandlung erfolgt in der Regel derart, daß die Versicherungssumme im Verhältnis der eingezahlten Prämien zu der Gesamtsumme der für die ganze Versicherungsdauer zu leistenden Prämien herabgesetzt wird.

Die Versicherungsgesellschaften behaupteten, auch die Volksfürsorge werde so verfahren müssen. Die Volksfürsorge hätte nun das schwierige Problem, den Verfall von Versicherungen nach Möglichkeit zu verhüten, ebenfalls nicht gut lösen können, wenn sie, wie die alten Gesellschaften, lediglich Kapitalversicherungen eingeführt hätte. Die Volksfürsorge hat aber neben dieser auch Sparversicherung, deren Einführung die großen Gesellschaften fast ausnahmslos stets abgelehnt haben.

Infolge Einführung der Sparversicherung ist die Volksfürsorge in der glücklichen Lage, schon im ersten Jahre des Bestehens einer Versicherung den Verfall fast ganz auszuschließen. In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es:

„Erfolgt die Zahlung der Prämien nicht binnen zwei Monaten vom Fälligkeitstag ab, so treten folgende Wirkungen ein:

a) Ist auf die Versicherung noch nicht eine volle Jahresprämie gezahlt, so wird sie in eine Sparversicherung umgewandelt, wobei die eingezahlten Prämien abzüglich 20 %, mindestens aber von 1 Mk., dem Versicherten angerechnet werden.

b) Hat die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden und ist die Prämie für diesen Zeitraum bezahlt, so wandelt sich die Versicherung von selbst in eine prämiensfreie um.“

Die Umwandlung erfolgt in der Weise, daß an die Stelle der vereinbarten Versicherungssumme der Betrag tritt, der sich für das Alter des Versicherten ergibt, wenn die auf die Versicherung

entfallende Prämienreserve als einmalige Prämie angesehen wird.

Beide Arten der Umwandlung sind für die Versicherten die denkbar günstigsten; im ersten Jahre der Versicherung ist für die Versicherten die Umwandlung auf Sparversicherung am vorteilhaftesten, bei schon erfolgter Einzahlung größerer Prämiensummen wirkt für sie die zweite Art günstig.

Ohne irgendwelche Vergütung werden bei der Volksfürsorge also nur in wenigen Ausnahmefällen Versicherungen verfallen; der festgesetzte geringe Abzug im ersten Jahre der Versicherung von 20 % der eingezahlten Prämien war notwendig, um nicht die Interessen der regelmäßigen Zahler zu schädigen. Die Volksfürsorge hat bei jeder Versicherung von vornherein Risiko zu tragen. Stirbt der Versicherte im ersten Versicherungsjahre, so werden die eingezahlten Prämien zurückerstattet, tritt der Tod infolge eines körperlichen Unfalls ein, so wird die volle Versicherungssumme gezahlt. Für jede Versicherung entstehen außerdem Verwaltungskosten, so daß der Abzug von 20 % der eingezahlten Prämien als ein sehr minimaler zu bezeichnen ist.

### Kündigung resp. Rückkauf von Versicherungen.

Die Gegner der Volksfürsorge haben, obgleich sie von ihren Versicherungsbedingungen nicht die geringste Kenntnis hatten, fortgesetzt die Mär verbreitet, die Volksfürsorge beabsichtige eine „eiserner Umklammerung der Versicherten von der Wiege bis zum Grabe“. Wer sich der Volksfürsorge einmal angeschlossen habe, sei ihr unrettbar für seine ganze Lebenszeit verfallen.

Die Gegner sind im Irrtum. Die Volksfürsorge wandelt nicht die Bahnen der alten Gesellschaften, in deren Versicherungsbedingungen es heißt:

„Eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Beleihung durch die Gesellschaft oder ein Rückkauf findet nicht statt.“

Dagegen heißt es in den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge für die Kapitalversicherungen:

„Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit zum Schlusse des Versicherungsjahrs kündigen.

Im Falle einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge vier Fünftel der auf die Versicherung geschäftsplanmäßig entfallenden Prämienreserve gegen Quittung zurück.“

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus: „Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen. Im Falle einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge 95 % der für die Versicherung angesammelten Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück.“

Welche Gesellschaft außer der Volksfürsorge gestattet bei der Volksversicherung unter derart kulantem Bedingungen die Kündigung von Versicherungen?

Die Volksfürsorge bedarf keines Zwanges; sie wird ihre Leistungen, ihre Taten für sich reden lassen.

### Rückkaufs- und Umwandlungstabellen.

Für den Versicherten ist der normale Ablauf der Versicherung immer das günstigste. Bei einem Rückkauf oder einer Umwandlung der Versicherung in eine prämiensfreie entstehen für den Versicherten Verluste selbst dann, wenn, wie dies bei der Volksfürsorge der Fall ist, in der kulantesten Weise verfahren wird. Auch die Volksfürsorge muß sich an die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung von Prämienreserven für die Versicherten halten; sie kann und darf nicht die Interessen derjenigen, welche ihre Prämien bis zum Ablauf ihrer Versicherung regelmäßig zahlen, zugunsten solcher Versicherter schädigen, welche ihre Versicherung vorzeitig aufgeben. Für jede eingegangene Versicherung hat die Gesellschaft Risiko getragen, sind ihr Unkosten erwachsen, wofür bei einer Umwandlung oder einem Rückkauf Abzüge gemacht werden müssen.

Was aber bisher das große Mißtrauen im Volke gegen die Versicherungsgesellschaften wachgerufen hat, war der Umstand, daß sie bis auf wenige Ausnahmen die Versicherten völlig im unklaren darüber ließen, auf welche Beträge sie im Falle einer Umwandlung oder bei einem Rückkauf Anspruch hatten.

Die Volksfürsorge wird auch nach dieser Richtung reformierend wirken.

In ihren Versicherungsbedingungen zu den Kapitalversicherungen heißt es deshalb ausdrücklich: „Die Höhe des Betrages für den Schluß des einzelnen Versicherungsjahres ergibt sich aus der dem Versicherungsscheine beigelegten Tabelle.“

Aus der seinem Versicherungsscheine beigelegten Tabelle kann jeder Versicherte ersehen, auf welchen Betrag er bei einer Umwandlung oder bei einem Rückkaufe rechtmäßigen Anspruch hat.

Wahrheit und Klarheit ist die Grundlage des Vertrauens! Für die Volksfürsorge gibt es ihren Versicherern gegenüber keine „Geschäftsgeheimnisse“!

### Keine besonderen Gefahrentarife.

Die Grundlage des ganzen Versicherungswerks der Volksfürsorge ist die allgemeine Solidarität der Interessen; sie hat deshalb auch nicht, wie dies von mehreren älteren Gesellschaften geschehen, für besonders gefährdete Berufe Ausnahmebestimmungen geschaffen. Nach den Praktiken der alten Gesellschaften sind für Berufe, in welchen die Sterblichkeitsziffer eine höhere als im allgemeinen Durchschnitt ist, Sondertarife mit höheren Prämien resp. niedrigeren Versicherungssummen eingeführt worden, oder es wird, falls der gleiche Tarif zur Anwendung gelangt, das Eintrittsalter für Angehörige solcher Berufe um einige Jahr hinaufgeschraubt, wodurch ebenfalls eine Erhöhung der Prämien resp. Erniedrigung der Versicherungssummen bewirkt wird, oder die Agenten erhalten Anweisungen, bei diesen mit einem bestimmten günstigen Tarif überhaupt nicht zu akquirieren.

Auch die Volksfürsorge kann selbstverständlich nicht schwer kranke Personen, deren Ableben bald zu erwarten steht und welche von allen Gesellschaften abgelehnt werden, versichern; sie würde sonst leichtfertig handeln und mit enormen Sterblichkeitsverlusten zu rechnen haben. Die Volksfürsorge macht jedoch keinen Unterschied nach der Berufsangehörigkeit, sie hat keine Ausnahmebestimmungen für Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker usw.; die eingeführten Tarife gelten für alle ohne Ausnahme.

Bei dem großen Interessentenkreise der Volksfürsorge ist das höhere Risiko, welches sie dadurch trägt, auf die Allgemeinheit berechnet, ein äußerst minimales. Die Volksfürsorge wird in allen Distrikten Deutschlands, in allen Berufen gleichmäßig Versicherungen abschließen und kann deshalb ohne Gefahr alle Volksgenossen gleich behandeln.

### Gewähr für den Erfolg der Volksfürsorge.

Eine Volksversicherung wird nur dann für die Versicherten von Erfolg sein, wenn große Massen des Volkes sich bei ihr beteiligen. Je größer die Zahl der Versicherten, desto größer die Gewähr, daß die Wahrscheinlichkeitsberechnungen, auf welchen sie basiert, zutreffen werden. Je mehr Versicherungen, desto geringer das Risiko für die Gesellschaft, desto erheblicher und mit den Jahren stetig wachsend die Gewinnanteile für die Versicherten.

Die Volksfürsorge hat in dem Interessentenkreise der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Bevölkerung und ihrer Familienangehörigen eine sichere Gewähr dafür, daß sie im Laufe der Jahre Millionen von Versicherungen haben wird. Dazu kommt, daß sie ihre Werbearbeit nicht auf diese Kreise beschränkt, sondern alle, ohne Rücksicht auf ihre religiösen, politischen und wirtschaftlichen Anschauungen, für sich zu gewinnen bestrebt sein wird.

Vor allem wird die Volksfürsorge aber allen andern Gesellschaften gegenüber obsiegen aus dem Grunde, weil die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften und Genossenschaften für sie freudig und gern gegen geringe Entschädigungen mitwirken werden. Die Ersparnisse, welche dadurch in den Werbe- und Inkassokosten erzielt werden, kommen ausschließlich den Versicherten zugute.

Zur Kennzeichnung des großen Unterschiedes hinsichtlich der Verwaltungskosten der Volksfürsorge und der alten Gesellschaften diene folgender Vergleich:

Die „Victoria“, die größte und bestorganisierte Versicherungsgesellschaft, verausgabte 1912 an Abschlußprovisionen bei ihrer Volksversicherung 3 243 474 Mk. = 4,45 % der Prämieinnahme im Betrage von 72,94 Millionen Mark. Diese Summe, auf 437 203 neuabgeschlossene Versicherungen verteilt, ergibt an Anwerbekosten für eine einzige Versicherung 7,35 Mk.

Für die Entgegennahme und Vermittlung eines Versicherungsantrages wird dagegen die Volksfürsorge ihren Vertrauensleuten nur 30 Pfg. zahlen. Diese 30 Pfg. werden aus der Beitrittsgebühr von 1 Mk., nicht aus der Prämieinnahme beglichen. 10 Pfg. werden für die örtliche Verwaltung gerechnet; 60 Pfg. gehen an die Zentrale für Police, Drucksachen usw.

An Inkassoprovisionen verausgabte die „Victoria“ 1912 bei ihrer Volksversicherung 9 581 998 Mk. = 13,14 % der Prämieinnahme.

Bei der Volksfürsorge erhalten die Vertrauensleute für die Entgegennahme der festen Halbmonatsbeiträge 6%; die örtliche Rechnungsstelle bekommt 3%. Bei der Spar- und Risikoversicherung werden für die Vertrauensleute 3%, für die örtliche Rechnungsstelle 1% der Prämieinnahme berechnet.

Der Prämieinnahme werden bei der Volksfürsorge also nur 9% resp. 4% für Inkasso und örtliche Verwaltung entnommen.

Infolge ihrer großen Zahl von Versicherungen hat die „Victoria“ verhältnismäßig die niedrigsten Verwaltungskosten von allen alten Gesellschaften; ein Vergleich mit andern Gesellschaften würde den Unterschied zugunsten der Volksfürsorge noch mehr hervortreten lassen.

Welche enorme Summen durch die geringeren Verwaltungskosten für die Versicherten erspart werden, kann sich nach vorstehendem jeder selbst berechnen. 4% geringere Inkassospesen bedeuten bei der Prämieinnahme der „Victoria“ schon das nette Sämmchen von zirka 3 Millionen Mark.

**Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe!**

Auf dieser Grundlage beruht die Volksfürsorge! Wie aber Gewerkschaften und Genossenschaften sich in ständiger Aufwärtsentwicklung befinden, wie sie ihre inneren Einrichtungen ständig weiter zum Nutzen ihrer Mitglieder ausgenutzt haben, so wird es auch bei der Volksfürsorge sein! Die Volksfürsorge beginnt ihr Reformwerk! Der weitere Ausbau desselben hängt von der Unterstützung der Volksgenossen ab! Die Volksfürsorge braucht nicht nur Versicherte, sie braucht auch Mitarbeiter! Eine wahre Fürsorge für das Volk in den Notlagen des Lebens kann nur vom Volke selbst geschaffen werden! Die Volksfürsorge verfolgt keine Sonderzwecke! Sie wendet sich an alle Volksgenossen und fordert sie auf, mitzuwirken, mitzuhelfen, um die Grundpfeiler zu festigen zu dem Bau der Fürsorge für die Zukunft der Kinder des Volkes!

A. von Elm.

In den Offertenblättern sucht Herr Kohnemann „Tüchtige Gehilfen für Topfpflanzen und Schnittblumen“. Zwei Kollegen, die die Stellung auf dies Inserat hin annahmen, haben während ihrer zwei-monatlichen Tätigkeit fast weiter nichts gemacht, als nur gegraben. Sogar bei Regenwetter sollte diese Arbeit gemacht werden, obwohl in den Gewächshäusern genug Arbeit vorhanden war. Wir treffen in diesem Betrieb also allerhand Mißstände an, durch die sich der große Wechsel der Kollegen erklärt.

Ein altes Sprichwort sagt: Es ist kein Schade so groß, es hat ein Glück im Schoß. So ist es auch hier. Gar manchem Kollegen dämmert nach den Erfahrungen in einem solchen Betrieb die Erkenntnis, daß er als Einzelner machtlos gegen diese Verhältnisse ist, daß nur ein Zusammenschluß von vielen, von möglichst allen Kollegen hier Abhilfe schaffen kann.

Dies sollten auch die unorganisierten Kollegen in Aachen einsehen. Lange genug hinken wir hier mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen hinter andern Städten her, lange genug steht Aachen in einem schlechten Ruf bei der deutschen Kollegen-schaft. Arbeit gibt es in Aachen für unsere Organisation. Vor allen Dingen gilt es, den Kampf gegen den Kost- und Logiszwang zu führen, das sich noch immer als die Wurzel allen Übels gezeigt hat und grade in Aachen noch sehr verbreitet ist. Nehmen wir unsere Kollegen im übrigen Rheinland als Vorbild, die sich durch ihren Zusammenschluß im „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein“ in den letzten Jahren ganz bedeutend verbesserte Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen haben.

Hinein in die Organisation und Kampf den hier vorhandenen zahlreichen Mißständen! Das muß in Aachen die Lösung aller Kollegen sein.

„Der Kampf ums Dasein ist heute unendlich schwieriger als früher. Man hat vielfach selbst erprobt, daß der einzelne gegenüber zahlreichen Mißständen, gegenüber Gefahren von den verschiedensten Seiten, sei dies nun in kommerzieller, gesetzgeberischer usw. Beziehung, völlig machtlos, sondern ein engerer Zusammenschluß notwendig ist, um sowohl den einzelnen, als auch die Gesamtheit vor eminenten Schäden zu bewahren. Es geht ohne Zusammenarbeiten überhaupt nicht. Das Gefühl hat heute sicherlich jeder, der mit seiner Zeit lebt, der sich in die ganzen Ereignisse der letzten Jahre hineindenkt und an allen diesen Ereignissen imigen Anteil nimmt. Auch schärfstes Vorgehen, Rücksichtslosigkeit usw. und intensivstes Verfolgen eigener Zwecke führen heute bei weitem nicht mehr zum Ziel. Auch hier zeigt sich wieder der Geist unserer Zeit, der in erster Linie zum Zusammenschluß, zur Vereinigung zahlreicher kleiner Kräfte zu einer Machtförmlich drängt.“

„Die Lederindustrie“, Organ der Lederfabrikanten.

**Halle a. d. S.** Herr Paul Schäfer, Handelsgärtner in Döllnitz, teilt uns zu dem Bericht in Nr. 18 unserer Zeitung mit, daß die Schilderungen nicht zutreffen. Erkundigungen bei unsern Vertrauensleuten ergaben, daß die Behauptungen tatsächlich in mehreren Punkten nicht zutreffen. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied nur das mitteilen darf, was nachweislich wahr ist. Jedes Mitglied soll auch erst dann öffentlich Kritik üben, wenn der Arbeitgeber ersucht worden ist, die Mißstände zu beseitigen. Erst wenn dies keinen Erfolg zeitigt, hat die öffentliche Kritik einzusetzen.

**Königsberg i. Pr.** Nur nicht verwöhnen, das scheint der Grundsatz des Landschaftsgärtnereinternehmers Schäfer zu sein. Der hatte, was ja besonders jetzt, wo die Landschaftsgärtnerei infolge der geringen Bautätigkeit nur wenig Erwerbsmöglichkeiten bietet, zu verstehen ist, umfangreiche Ausschachtungsarbeiten bei einem öffentlichen Gebäude übernommen. Dadurch hatte er sich aber in die Jagdgründe des Baugewerbes begeben, und der Bauarbeiterverband drängte auf Innehaltung des für das Baugewerbe gültigen Tarifs, der für Erdarbeiter 49 Pfg. Stundenlohn vorsieht. Das bedeutet aber eine Lohnerhöhung von mindestens 11 Pfg. pro Stunde, und darum können wir den Schmerz des Herrn und seine Weigerung verstehen.

Doch, mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell. Dem Bauarbeiterverbande gelingt es, kraft seiner vorzüglichen Organisation, die Ausschachtungsarbeiten stillzulegen, und - schon der Gedanke erregt bei den hiesigen Gärtnerinterneh-mern ein Gruseln - Herr Schäfer muß sich zur Unterschrift des Tarifes bequemen, muß sich „vorschreiben“ lassen, was er den Arbeitern zu zahlen hat. Schon sieht er im Geiste die Arbeiter am Wochenschluß heimwärts ziehen mit sorgenvollem Gesicht, sich den Kopf zerbrechend, wo nun hin mit dem vielen Gelde, was nun anfangen mit dem schweren Verdienst.

Elf Pfennige die Stunde mehr; nein, zwei hatte ich ihnen wohl zgedacht - - ausnahmsweise; aber elf, nein, nein, das ertrag ich nicht! Schon sieht er alle Hoffnung schwinden, da - da kommt ihm der rettende Gedanke, denn die Not macht erfinderisch. Die Kerle werden Montag früh, wenn sie zur Arbeit kommen, sofort wieder nachhause geschickt. Ich habe ja nun den Bauarbeitertarif unterschrieben und will nun auch Bauarbeiter haben. Gesagt, getan. Alles glückt, und die Gartenarbeiter sind eine Sorge los. Herr Schäfer allerdings auch; denn die Folgen solcher „Gutmütigkeit“ waren doch unüberschaubar gewesen. Die Arbeiter konnten sich sagen: Uns ist es gleichgültig, wo wir den Erdboden bearbeiten, ist unsre Arbeit hier 49 Pfg. wert, ist sie's dort auch, wir sind mit 38 Pfg. nicht mehr zufrieden.

Darum muß verhütet werden, daß die Arbeiter an bessere Einkommensverhältnisse gewöhnt werden; lieber schicken wir sie nachhause und lassen die Familie von den Ersparnissen (Ersparnisse bei 38 Pfg. Stundenlohn) zehren.

Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob das Vorgehen des Bauarbeiterverbandes, die Lieferung von Arbeitskräften, einwandfrei war, auch nicht, ob ihm Mittel zur Verfügung gestanden hätten, durchzudrücken, daß die alten Arbeitskräfte auf der Arbeitsstelle geblieben wären; es soll nur ein Beitrag sein, wie es gemacht wird, die Arbeiter an die alten Verhältnisse zu bannen, damit sie nicht begehrt werden.

Vielleicht wäre manches anders gekommen, wenn die Arbeiter organisiert gewesen wären.

Unsre Arbeitgeber agitieren gut für uns. Durch solche Vorkommnisse wird auch der Gleichgültigste darauf aufmerksam gemacht, was uns nützt: eine lückenlose Organisation wie die der Bauarbeiter, wenn wir mit unsern Löhnen nicht nachhinken wollen.

Herr Schäfer hat damit allerdings die heiligsten Grundsätze des Handelsgärtnerverbandes mit Füßen getreten, und es dürfte sich daher kaum vermeiden lassen, daß „Ottmar der Mächtige“ in seinem Zorn den Baumfuch gegen ihn schleudert. Wir können daher nicht umhin, als Verteidiger für ihn einzutreten, sientemal Herr Schäfer doch nur einem bösen Zwange nachgegeben, und, was doch die Hauptsache ist, die Gartenarbeiter profitieren doch davon nicht, und ihre Ideale sind gerettet.

Wilh. Dähn.

**Leipzig.** Macht geht vor Recht! Das ist der Wahlspruch der Unternehmer von Hartmannsdorf-Knaauthau. Skandalöse Zustände bestehen hier. Die Arbeitszeit währt von 16 bis 8 Uhr, mitunter auch von 5 bis 9 Uhr. Sonntags von 6 bis 1 Uhr. An Lohn wird gewährt 25 bis 35 Mk. bei freier Station, das ist pro Tag 83 Pfg. bis 1,16 Mark. Nur zwei Glückliche kommen über 35 Mk. monatlich bei freier Station.

In diesem Ort hielten wir am 18. Juni eine öffentliche Versammlung ab, zu der sämtliche beschäftigten Kollegen bis auf einen erschienen waren. 18 Aufnahmen sind die Frucht unser Bemühungen. Der Lokalverein „Erika“, dessen Leitung die unmenschlichen Zustände stillschweigend duldet, wurde gesprengt. Schon am andern Abend hielten die Arbeitgeber eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, daß sämtlichen Gehilfen, die bis zum 17. ihren Austritt aus der Organisation nicht vollzogen haben, gekündigt werden sollen. Mit welchem Recht fragen wir? Die Arbeitnehmer haben nur das Beispiel nachgeahmt, das ihnen die Unternehmer zeitlich doppelt gegeben haben. Wir verstehen, daß manche der Chefs ein Zittern und Bähern überfällt, wenn solche frevelhafte Versündigung an blutigen Kollegen in die Öffentlichkeit kommt. Sind die Gehilfen milderer Rechts? Gibt ihnen der § 153 des BGB. nicht das Koalitionsrecht? Die dortigen Unternehmer können billig produzieren auf Kosten der Gehilfen. Sollte man die Drohung wahr machen, dann dürften nicht unsre Kollegen, sondern die scharfmachenden Firmen die Geschädigten sein, denn grade das Personal der

**AUS UNSERM BERUFE**

**Aachen.** Ein Musterbetrieb, wie er nicht sein soll, ist die Kunst- und Handelsgärtnerei von Bernhard Kohnemann, Vaalser Straße 164.

Herr Kohnemann beschäftigt 1 bis 2 Gehilfen und ebensoviel Lehrlinge, vorausgesetzt, daß er solche bekommt. Die Gehilfen halten in diesem Betrieb zwei Wochen bis höchstens zwei Monate aus. In den letzten Jahren ist es ein einziges Mal vorgekommen, daß ein Kollege dort ein halbes Jahr ausgehalten hat, dann wurde er von Herrn Kohnemann gekündigt. Es scheint also, als wenn diesem Herrn es zum Bedürfnis geworden ist, in möglichst kurzen Zeiträumen andre Gesichter zu sehen.

Lehrlinge hat Herr Kohnemann in den letzten drei Jahren neun gehabt, von denen nur einer bei ihm ausgebildet hat. Herr Kohnemann behauptet allerdings, daß die nicht Ausgelernten Holländer gewesen seien, die in der Regel mit dem 16. Lebensjahr in die Fabrik gingen. Es sei uns gestattet, hier ein großes Fragezeichen zu machen. Findet ein junger Mensch in seiner Lehre annehmbare Arbeitsverhältnisse, dann wird er nicht ohne weiteres die Lehre aufgeben. Die Lehrlinge sind außer Kost und Logis und bekommen durchschnittlich 3 bis 5 Mk. pro Woche. Das sind sicher billige Arbeitskräfte! Für 3 bis 5 Mk. die Woche kann ein junger Mensch nicht bekümpft werden, auch wenn die Kost noch so mangelhaft wäre. An diesem Beispiel sehen wir wieder, daß der Kost- und Logiszwang bei unsern Arbeitgebern immer nur eine Profitsache und keine Wohlfahrtseinrichtung ist, wie sie gerne glauben machen wollen.

Die Bezahlung der Gehilfen beträgt 30 Mk. pro Monat und freie Station. Über die Wohnung wird keine Klage geführt, desto mehr aber über die Kost. Vor allen Dingen ist diese ungenügend.

Ein ganz besonderer Mißstand ist die Arbeitszeit, die im Sommer von 6 bis 8 Uhr, im Winter von 7 bis 8 Uhr währt. Geregelte Pausen gibt es nicht. Es wird gegessen und dann geht wieder an die Arbeit. Ein Teil des Betriebes liegt außerhalb der Stadt. Wird dort gearbeitet, dann wird gegen 8 Uhr Schluß gemacht, gegen 9 Uhr laßt man im Hause an. So gibt es auf diese Weise erst zwischen 9 und 1/2 10 Uhr Abendbrot.

größten und wichtigsten Geschäfte ist geschlossen organisiert. Von etwa 30 bis 32 Beschäftigten gehören heute schon über 20 der Organisation an. Außerdem würden aber auch die Prinzipale eine moralische Blamage erleiden, die dem Absatz ihrer Produkte in Leipzig nicht grade förderlich wäre. Ein Teil liefert an Blumengeschäfte, die sehr stark von Arbeitern frequentiert werden und diese werden sich hüten, Erzeugnisse von derartig rückständigen Unternehmern zu kaufen. Das Rad der Entwicklung drehen auch die Unternehmer von Hartmannsdorf-Knauthain nicht mehr zurück. Die Chefs wären durch eine solche Handlungsweise von selbst in der Öffentlichkeit gerichtet.

Recht unschön benimmt sich ein „Kollege“, der Kassierer der „Erika“. „Ich werde schon dafür sorgen, daß dem, der im Allgemeinen ist, gekündigt wird.“ Dieser „Kunstgärtner“ scheint das Unwürdige der dortigen Berufsverhältnisse garnicht zu empfinden. Diese Elemente hindern die Entwicklung mehr, als der rückständigste Unternehmer.

Den Kollegen aber rufen wir zu: Bleibt treu, die Sympathien aller denkenden deutschen Gärtner sind Euch sicher. Seid einig, einig, einig, brecht durch Eure Geschlossenheit die Unternehmerwillkür, Ihr fördert dadurch nur Euer eigenes Wohl!

Chr. Vogelmann.

### Arbeitslos!

Wer von den Kollegen war wohl noch nicht arbeitslos! Besonders stark haben die Landschaftler unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Sobald Pfingsten vorbei ist, haben wir in den Großstädten eine Menge arbeitsloser Kollegen, und diese Arbeitslosigkeit dauert den Sommer durch, bis im Herbst die Saison wieder einsetzt. Und die Herbstsaison dauert leider nicht lange; sobald der erste Frost eintritt, liegen die Kollegen wieder auf dem Pflaster. Dann währt deren Arbeitslosigkeit oft bis Ende März, also den ganzen Winter hindurch. So geht es von Jahr zu Jahr. Nur wenige Kollegen genießen das Glück, dauernde Beschäftigung zu haben.

Wie diese Arbeitslosigkeit jeden Fortschritt hemmt, ist kaum zu beschreiben, wenn wir bedenken, wieviel Not und Elend dadurch verbreitet wird. Wieviel Verbrechen allein sind auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen! Es ist darum unbedingt nötig, daß hierin Abhilfe geschaffen wird. Die Regierung, die das größte Interesse daran hätte, unternimmt aber nichts; sie überläßt es den Zufällen der privaten Mildtätigkeit und den Gewerkschaften, mildernd einzugreifen, was die letzteren durch Arbeitslosenunterstützung und Arbeitszeitverkürzung tun.

Der A. D. G. V. hat auf seiner letzten Generalversammlung die Unterstützungssätze bedeutend erhöht, wodurch manchem Kollegen in der Not geholfen wird. Große Summen werden zur Milderung der Folgen von Arbeitslosigkeit verausgabt; sie sind geeignet, die größte Not zu lindern, können aber nicht entfernt wirkliche Abhilfe schaffen.

Den arbeitslosen Kollegen wird von verschiedener Seite empfohlen, in die Provinz zu gehen, wo eher Arbeitsgelegenheit geboten wird. Den älteren Kollegen kann damit aber nicht geholfen werden, denn die bekommen das Umherreisen satt; denen bleibt nur eins übrig: sich außerhalb des Berufs Arbeit zu suchen, in der Fabrik, am Bau oder wo es sonst ist. In Hamburg waren letzten Winter ziemlich 200 Kollegen außer Beruf beschäftigt; diese Zahl wird sich mit der Zeit noch vergrößern.

Oft hört man Kollegen sagen: „Ich will lieber etwas billiger arbeiten, als arbeitslos sein.“ Solches kann nicht scharf genug verurteilt werden. Unsern ganzen Stolz müssen wir Gärtner darin setzen, daß wir, als Gewerkschafter geltend, rein und ohne Makel dastehen, dann werden wir auch von andern Berufsgenossen geachtet und gern gesehen werden. „Lieber mit der Schaufel in den Sand, als einen Pfennig unter den Abmachungen.“

Einzelne Kollegen, die gute Arbeit außer Beruf haben, werden dabei bleiben; aber weithin der größte Teil wird zur Gärtnerei zurückkommen. Diesen Kollegen muß die Erlangung von Arbeit im Beruf durch entsprechende Einrichtungen erleichtert werden. Bekanntlich strömen die Kollegen, im Frühjahr wie im Herbst, von außerhalb nach den Großstädten, sie lassen sich in die Arbeitslosenliste einschreiben und erhalten nach der Reihenfolge Arbeit. Kollegen, die aus Not andre Arbeit annehmen haben, müssen, wenn sie wieder im Beruf arbeiten wollen, sich ebenfalls in die Liste eintragen lassen, und sie müssen meistens 8 bis 14 Tage, wenn nicht noch länger, auf

Arbeit warten. Letzteres muß verhindert werden. Diese Kollegen müssen sich in die Liste schon eintragen lassen können, während sie noch in Arbeit stehen; wenn sie dann an der Reihe sind, können sie ihre Arbeit verlassen und gleich im Beruf wieder Arbeit antreten. Diesen Kollegen, die die Kasse geschont haben und die nicht durch Arbeitslosigkeit in Schulden geraten sind, muß Entgegenkommen gezeigt werden; mit diesen Kollegen können wir dann auch in eine Bewegung eintreten, wenn es gilt, unsre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Den zureisenden Kollegen muß geraten werden, wenn sie nicht genügend bei Kasse sind, solange den Großstädten fern zu bleiben, bis auch wirklich Arbeit für sie vorhanden ist. Die hier beifügte Änderung ist nötig, um den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Dann werden wir auch verhindern, daß unsre Arbeitsnachweise bedeutungslos werden. Von allen Kollegen können wir dann verlangen, daß sie nur durch den Arbeitsnachweis Arbeit annehmen, und wir können ihnen das Umschaulhalten voll und ganz verbieten. Von den Kollegen, die solchen Neueinrichtungen entgegenzutreten, müssen wir verlangen, daß sie solche Vorschläge prüfen und nicht mit ganzer Macht am alten hängen bleiben. Arbeite ein jeder mit an Verbesserungen, die nötig sind!

Um aber die Arbeitslosigkeit ganz abzuschaffen, bedarf es natürlich anderer Wege. Die sozialdemokratische Partei zum Beispiel hat die Forderung des Rechtes auf Existenz aufgestellt; das bedeutet gegenwärtig das Recht auf Arbeit, und sie kämpft für dieses Recht. Bevor diese Forderung nicht erfüllt ist, wird die Arbeitslosigkeit kein Ende haben.

Wenn wir das Recht auf Existenz, jetzt also auf Arbeit haben, dann wird alle die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not aufhören. Die Gewerkschaften brauchen dann nicht durch Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung ihre Kassen zu schwächen. Da dies eine große Bedeutung hat, muß die Frage aufgeworfen werden, ob nicht schärfere Mittel angewandt werden müssen, daß die Forderung Recht auf Arbeit erfüllt wird. Welches solche Mittel sind, darüber mögen die Kollegen einmal in Ruhe, aber auch fleißig nachdenken.

Hornbostel, Hamburg.

## Unternehmerverbände.

**Preisvereinbarungen.** Nach vorangegangenen Erörterungen in der Gruppensitzung vom 3. April setzte die Gruppe Stettin des V. d. H. D. für einige Artikel Mindestpreise fest, auf deren Grundlage später eine ausführliche Liste von Mindestpreisen aufgestellt werden soll. Die vorläufigen Preise sind folgende: Hyazinthen je nach Stärke 10-35 Pfg. das Stück, Bellis 5-10 Mk., Stiefmütterchen 4-5 Mk., Myosotis 6 Mk., Goldlack 10-20 Mk., Primula veris 5-10 Mk., Landnelken 10-12 Mk., alles pro 100 Stück, ferner wilder Wein, je nach Stärke, 25-50 Mk.

## PRIVATGÄRTNEREI

### Rückständiges aus Plauen i. V.

Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Privatgärtner in Plauen i. V., der Fabrikgärtner Adolf Hering, war von unsern Mitgliedern zum Besuch einer öffentlichen Versammlung am 4. 6. 1913 eingeladen, um die Ansichten seines Verbandes zu der Tätigkeit der gärtnerischen Organisation zu präzisieren. Tapfer, wie nun einmal die Vorstände des Privatgärtner-Verbandes sind, blieb Herr Hering an diesem Abend zuhause. Um aber nicht wieder den Vorwurf der Feigheit einzuheimsen, schrieb Herr H. einen „Offenen Brief“ an die Versammlung, den er auch in offenem Kuvert der Versammlung sandte, jedenfalls, weil nach seiner Meinung ein offener Brief nicht verschlossen sein darf. - Die breite Öffentlichkeit hat zweifellos ein reges Interesse an dem Inhalt des Briefes, weil darin durch ein Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Privatgärtner die offiziellen Ansichten dieses Verbandes über das Koalitionsrecht, Streiks und dergl. niedergelegt sind. Deshalb sei er hier auch nicht vorenthalten. Der Brief lautet:

„An die Versammlungsleitung des Allgemeinen Gärtnervereins Hülm's Restaurant. Der Aufforderung Ihres Mitglieds Herrn W. nachkommend mich über Ihre Angriffe auf den Verband Deutscher Privatgärtner zu äußern komme ich hiermit, wegen Mangel an Zeit so knapp wie möglich nach.“

Persönlich in Ihre Versammlungen kommen kann man nicht, denn wenn man ruhig und sachlich Ihre Phrasen zerpfückt werden Ihre Mitglieder persönlich und ganz Ihrer Firma entsprechend all zu gemein.

Zuerst Ihr Fluchblatt „Privatgärtner seid unfruchtbar“. Ich kann Ihnen aus meiner Überzeugung auch nichts andres sagen als daß betreffender Gärtner M. K. da ihm bekannt war daß in jener Stellung keine Kinder geduldet waren, selbst den Verlußt der Stelle verschuldet hatte, indem er eine Wittwe mit 4 Kindern heiratete. Daß der V. D. P. der damals kaum 1 Jahr alt war ihm weitgehende Unterstützung verweigerte kann ich begreifen nicht aber gut heißen. Daß aber der A. G. V. der denselben Fall vor 2 Jahren gelegentlich der Gründung der Ortsgruppe Plauen i. V. d. V. D. P. schon ausgeschlachtet sich heute noch daran klammert wie der Ertrinkende an den Strohalm ist der beste Beweis dafür daß dem V. D. P. auch nichts nachzusagen ist.

Betreffend das Flugblatt Deutsche Privatgärtnervereinigung nur die eine Frage glauben Sie wirklich daß wenn wir Privatgärtner uns Ihrer Vereinigung anschließen sich dann bei Ausschreiben einer Stelle anstatt 116 nur noch einer melden wird der dann betreffenden Herrschaften vorschreibt was sie anzulegen haben, damit sie einen Gärtner bekommen?

Mag doch jeder junge Gehülfe aus der Handlungsgärtnerei sich immer mit bewerben bei offenen Privatstellen, ob er fähig ist dieselbe dauernd zur Zufriedenheit auszufüllen wird sich dann schon zeigen. Das Flugblatt „der Erfolg gemeinsamer Arbeit“ zeigt so recht welchen Dünkel und Größenwahn der A. G. V. verfallen ist. Er stellt die Löhne in der Gärtnerei von 1904 denen von 1913 gegenüber und behauptet triumphierend daß seine Tätigkeit diesen Aufschwung hervorgerufen habe.

Die allgemeine Geldentwertung, die Teuerungszunahme und das allgemeine Steigen der Löhne in dieser Zeit verfißt er natürlich zu erwähnen.

Wie es in Wahrheit um die hohen Löhne der Mitglieder im A. G. V. aussieht zeigt mein Fall.

Meine Stelle hatte vor mir einer der Spitzen des hiesigen A. G. V. inne. Er bezog einen Wochenlohn von 22 Mk. ohne jede Nebeneinkunft. Er konnte sich in der Stelle kaum drei Wochen halten. Ich forderte natürlich beim Antritt bedeutend höheren Lohn mit dem Hinweis daß ich auch mehr leiste. Auf den Vorhalt daß ich dies erst beweisen müßte blieb mir nichts andres übrig als das erste Halbjahr für den Lohn zu arbeiten, den die besten Mitglieder des A. G. V. für genügend halten.

Heute nach drei Jahren beziehe ich in derselben Stelle mit allen Nebenspesen nahezu das Doppelte. Dies habe ich aber nicht durch Streik sondern durch „Arbeiten“ erreicht.

Ich verwerfe überhaupt jeden Streik weil er ein Gewaltmittel ist, daß tausende andre Arbeiter in andern aber von betreffender Branche abhängenden Betrieben wieder im Verdienst und Existenz schädigt.

Auch die Strafverschärfung auf Streikvergehen unterschreibe ich voll und ganz. Mit den unverschämten Bestätigungen derer die anders denken und handeln als die echten Sozies muß unbedingt aufgeräumt werden. Das ist was Freiheit. Die Freiheit die Sie auf ihrem Banner stehen haben riecht nach Zukunfts-Zuchthaus-Staat.

Und nun noch zum Schluß: Sie wollen wie mir Herr W. sagte in diesem Jahre das 25jährige Bestehen des A. G. V. feiern. Haben Sie wirklich Grund zum „Feiern“?

Bedenken Sie einmal wieviel Hunderttausend und aberhunderttausend Arbeitergrotschen Sie veragiert haben in der langen Zeit und haben es in der langen Zeit nur auf 7000 Mitglieder gebracht. Wieviel kostet Ihnen da ein Mitglied? Und wenn Sie nicht fortwährend in bekannter Tonart krampfhaft hetzen und schimpfen schläft Ihre Sache ein. Wird es Ihnen denn nicht langsam klar daß Ihre Sache verloren ist? Die Gärtner sind wenigstens zum großen Teil durch ihren Beruf soweit gebildet, daß sie auf Ihre Sache auf die Dauer nicht hineinfallen.

Der Verband Deutscher Privatgärtner hat keine bezahlten Agitatoren, wendet für Werbung neuer Mitglieder überhaupt kein Geld auf und zählt nach dreißigjährigem Bestehen bereits über 4000 Mitglieder.

Wie kommt das. Wo er sich doch nur auf Privatgärtner beschränkt Gehülfe aus Handlungsgärtnereien und unter 25 Jahr alt sowie Arbeiter nicht aufnimmt?

Bitte denken Sie darüber nach!

Ich gestatte Ihnen des Verlesen meiner Zugschrift in der Versammlung sowie auch Abdruck derselben in Ihrem Parteiorgan wenn es vollständig und im Zusammenhang geschieht.

Zerreißen und herausreißen einzelner Sätze ist unstatthaft.

Hochachtend!

Adolf Hering."

Wir haben den Brief buchstäblich wiedergegeben. Herr Hering sieht, daß wir seiner Aufforderung nachgekommen sind. Er wird mit uns zufrieden sein.

Zu den Ausführungen selbst nur wenige Bemerkungen, da sie sonst die Wirkungen dieses mehr als reaktionären Schriftstückes abschwächen könnten.

Herr H. schreibt, daß sein Vorgänger auf seiner Privatstelle, ein Mitglied des A. D. G. V. für 22 Mk. die Woche gearbeitet habe. Das stimmt. Doch ist der Kollege nicht drei Wochen, sondern drei Monate auf dieser Stellung gewesen und verfügte auch über etwas Nebeneinkommen. Unser Kollege mußte die Stellung verlassen, weil er durch ein anonymes Schreiben bei der Herrschaft wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit denunziert wurde. Obwohl der anonyme Briefschreiber von uns nicht zu ermitteln war, erregte es dennoch bei unsern Mitgliedern allerlei Kopfschütteln, daß Herr H. sich so eilig um die Stelle bewarb und ausgerechnet ebenfalls für 22 Mk. Wochenlohn arbeitete.

Etwas sonderbar ist auch die Tatsache, daß, als im vorigen Jahr die Arbeiter der Fabrik des Arbeitgebers des Herrn H. streikten und sich hieran in der Plauener Tagespresse eine Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien entspann, der Arbeitgeber des Herrn H. seine Meinungen über den Streik fast wörtlich so präziserte, wie hier der Privatgärtner dieses Herrn.

Wir können hier, wie schon so oft, wieder feststellen, welche rückständigen Ansichten im Privatgärtnerverband vertreten werden und, weil sie immer von leitenden Personen kommen, in diesem Verbandslokal Geltung haben. Für unsre Mitglieder eine neuer Beweis, welche ungeheure Aufklärungsarbeit in den Reihen der Privatgärtner noch geleistet werden muß. Je intensiver und je früher diese Arbeit betrieben wird, desto besser ist es.

### Lehrlingsausbildung oder Lehrlingsausbeutung?

Folgendes Inserat finden wir in der „Berliner Gärtner-Börse“:

„Suche zum 15. Juni oder 1. Juli einen Gärtnerlehrling, nicht unter 16 Jahr, der sich zum servieren eignet. Frau von Wedel, Polzin bei Gramzow U.-M.“

Ob es der Frau von Wedel so schlecht geht, daß sie sich keinen Diener zum Servieren halten kann oder will sie sich in anbrach der kommenden Wehrsteuer schon jetzt sparsam einrichten? Dies Inserat legt Zeugnis ab von der Achtung, die sich unsre Kollegen auf den Gütern vonseiten der Gutsbesitzer erfreuen. Der Gärtner ist eben Mädchen für alles und das wird solange so bleiben, bis sich die Privatgärtner in ihrer großen Mehrzahl weigern, unter solchen Verhältnissen Lehrlinge auszubilden.

## STADTGÄRTNEREI

Ludwigshafen. Die hiesige Stadtgärtnerei kann wohl zu denen gerechnet werden, die schon einigermaßen annehmbare Arbeitsverhältnisse haben. Jedenfalls ist sie in mancherlei Beziehung der benachbarten Mannheimer Stadtgärtnerei ein gutes Stück voraus. So auch z. B. bei der Bezahlung des Sonntagsdienstes. Während die Kollegen der Mannheimer Stadtgärtnerei ihren Sonntagsdienst nur mit dem gewöhnlichen Tagesverdienst ohne jeden Aufschlag vergütet erhalten, bekommen die Kollegen der Ludwigshafener Stadtgärtnerei einen Aufschlag von 50 %, an Festtagen gar 100 %.

Wohl hat es auch in Mannheim eine Zeit gegeben, wo für den Sonntagsdienst ein Aufschlag gezahlt wurde, doch hat man es dort verstanden, dies wieder rückgängig zu machen. „Böse Beispiele verderben gute Sitten!“ Die Wahrheit dieses Sprichwortes mußten auch unsre Ludwigshafener Kollegen erfahren. Obgleich hier bereits seit acht Jahren der Aufschlag für den Sonntagsdienst gezahlt wird, versuchte man es doch mal mit einer Rückwärtsreformierung. Es scheint, als würde es von unserer Stadtgartenverwaltung nur

unangenehm empfunden, als eine solche mit vorbildlichen Arbeits- und Lohnverhältnissen angesehen zu werden.

Als im März d. J. die Vertreter des Arbeiterausschusses, Abteilung Gärtnerei, zwecks Änderung einiger Bestimmungen über den Sonntagsdienst vorstellig wurden, erklärte der Herr Garteninspektor Brehm: „Das kommt überhaupt alles ganz anders; es gibt auch keinen Zuschlag mehr.“ Er verwies unsre Kollegen auf Mannheim, wo auch nichts gezahlt werde. Die Stadtverwaltung würde sich in Bälde mit der Frage beschäftigen. Unsre Vertreter erklärten aber auch sofort, daß die Gärtnerei-Arbeiterschaft sich mit allen Kräften gegen diese geplante Verschlechterung wehren würde.

Das ist nun von unsern Kollegen auch getan worden. Eine Betriebsversammlung beauftragte einstimmig die Organisationsleitung, die nötigen Schritte zu unternehmen. So wurde sofort mit dem Mannheimer Kollegen verhandelt, die dem auch gleich in einer Eingabe den gleichen Zuschlag bei Sonntagsdienst verlangten. Durch unsre Hauptverwaltung wurde einschlägiges Material zusammengetragen und dies der Stadtverwaltung sowie unsern Stadtvätern übermittelt, kurzum, es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, kein Mittel blieb unversucht. Und der Erfolg war der, daß, als die Frage zur Beratung stand, Herr Brehm mit seinen „Reformplänen“ glatt hinten abrutschte.

Ganz kurz und bündig wurde erklärt, daß der bis jetzt geleistete Zuschlag zu Recht bestehe und zu einer Änderung des Lohns gar keine Veranlassung gegeben sei. Dieselbe Erklärung gab auch der Herr Rechtsrat in der Sitzung des Gesamtarbeiterausschusses ab. Die Angelegenheit war also ganz zu unsern Gunsten erledigt. Doch ist wohl noch die Frage aufzuwerfen, wie kommt der Herr Garteninspektor Brehm dazu, für seine ihm unterstellten Gärtner und Arbeiter eine derartige Verschlechterung anzustreben?

Freilich will es Herr Brehm jetzt nicht gewesen sein, ein Herr vom Tiefbauamt soll das Karnickel sein. Leider wurde sehr bald nachgewiesen, daß dieser Herr sich um solche Sachen garnicht kümmert, was auch der Herr Rechtsrat bestätigte. Es steht also unzweifelhaft die Vaterschaft des Herrn Garteninspektors an der geplanten Verschlechterung fest, in die er sich allerdings mit seinen beiden Obergärtnern teilt. Er hat damit seine so gern zur Schau getragene „Arbeiterfreundlichkeit“ mal so im rechten Lichte gezeigt. Nun, die erlittene und wohl verdiente Niederlage dürfte hoffentlich seinen eigenartigen Reformeier etwas abgekühlt haben.

Doch die Moral von der Geschichte: Wir Gärtner dürfen schlafen nicht! Sondern müssen stets und überall auch in den Stadtgärtnereien wachsam auf dem Posten sein, wollen wir nicht eines schönen Tags unsre Arbeits- und Lohnverhältnisse verschlechtert sehen. Nur durch unsre Organisation, den Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein, durch unsre planmäßige, gut organisierte Gegenmaßregeln haben wir die Verschlechterung unsrer Lohnverhältnisse und damit unsre Lebenslage abwehren können.

Auch von unsern Kollegen überm Rhein, in Mannheim, wissen wir, daß sie nicht ruhen und rasten werden, bis auch sie das erreicht haben, was man glaubte, uns nehmen zu können. Und Kollegen der Stadtgärtnereien allerorts, nehmt Euch das zum Beispiel, arbeitet rüstig an dem Ausbau unsrer Organisation, Ihr arbeitet damit an der Festigung Eurer eignen Existenz.

## AUSLAND

Österreich.

Verband der Gärtner Oesterreichs.

(Zentrale: Wien, IX./4, Nußdorferstraße 26 28.)

Den Kollegen zur Beachtung. Im Interesse einer geregelten Geschäftsführung ersucht die Verbandsleitung jene Kollegen, die ihre Wohnung oder Stelle wechseln, die Adressänderung sofort dem Vertrauensmann oder der betreffenden Ortsgruppen- oder Zahlstellenleitung bekannt zu geben. — Eventuell kann die Meldung auch direkt an die Zentrale mittelst Korrespondenzkarte erstattet werden. — Ferner ersuchen wir die Kollegen, den Vertrauensmännern ihre Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern; dazu gehört im besondern, daß sie für den Fall ihrer Abwesenheit den fälligen Beitrag einer vertrauenswürdigen Person im Hause zurücklassen, damit unsre Vertrauensmänner, die ihre freie Zeit im Interesse der Gesamtheit opfern, dieses Opfer nicht vergeblich bringen.

Außerdem liegt es im Interesse jedes Einzelnen, mit seinen Beiträgen nicht allzusehr rückständig zu werden, da ihm das Nachzahlen dann schwer fällt.

Stellenvermittlung. Die Kollegen werden ersucht, alle freiwerdenden Stellen, die ihnen bekannt sind, sofort der Zentrale bekannt zu geben. — Alle Zuschriften in Stellenvermittlungsangelegenheiten sind ebenfalls an die Zentrale zu richten, und ist Anfragen stets Rückporto beizufügen. — Stellensuchende Kollegen können bis auf weiteres auch jeden Donnerstag abends von 8 bis 10 Uhr, im Verbandslokal persönlich vorsprechen: freie Stellen werden ihnen jedoch immer schriftlich bekannt gegeben.

Zeitungsklamationen sind ausschließlich an die Zentrale zu richten. —

Eingang ins Verbandslokal: Bindergasse 2.

Die Verbandsleitung.

## BEKANNTMACHUNGEN

— Vom 29. Juni 1913 bis 5. Juli 1913 ist der Beitrag für die 27. Woche fällig.

— Abrechnung für das zweite Quartal. Die Abrechnungformulare sind allen Verwaltungen im Laufe dieser Woche zugegangen, ebenso die Statistikkarten. Die Abrechnungen müssen bis spätestens 15. Juli bei der Hauptverwaltung eingegangen sein. Den Gauleitern ist nach wie vor ein Abrechnungsformular zuzustellen. Die Branchenstatistik ist bei der Abrechnung des zweiten Quartals bestimmt zu erledigen.

— Neuwahlen in den Ortsverwaltungen. Laut Statut finden im Juli oder August die Neuwahlen statt. Es ist zweckmäßig, die Wahlen in der Versammlung vorzunehmen, in der die Abrechnung des zweiten Quartals vorgelegt wird. Man beachte § 14 Seite 9 und Seite 33 „die örtliche Verwaltung“. Hilfskassierer unterliegen keiner Neuwahl.

Wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, sollte kein Vertrauensmann sein Amt niederlegen, ebenso sollte nur, wenn zwingende Gründe vorliegen, ein Vertrauensmann nicht wiedergewählt werden. Je eingearbeiteter die Vorstandsmitglieder einer Verwaltung sind, desto besser wird sich die Verwaltung entwickeln.

### Sterbetafel!

Am Sonntag, den 21. Juni, verstarb unser Mitglied **Franz Schmidt** im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken!  
Allgem. Deutscher Gärtner-Verein, Ortsverw. Groß-Berlin, Bezirk Charlottenburg.

Am Dienstag, den 24. Juni, verstarb unser Mitglied **Otto Dammsch.**

Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung Freitag, den 27. Juni, nachmittags in Weißensee.  
Allgem. Deutscher Gärtner-Verein, Ortsverw. Groß-Berlin, Bezirk Weißensee.

Anfragen wegen der Zeit der Beerdigung im Ortsbüro.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Jean Enzel**

am 20. Juni nach langem Leiden gestorben ist. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

## VEREINSFESTE

Barmen, Samstag, den 5. Juli abends 8 1/2 Uhr in der Stadthalle Rosenfeld Kollegen der umliegenden Ortschaften sind hiermit herzlich eingeladen. Das Komitee.

## LITERARISCHES

— Adolf Cohen, Die Technik des Gewerkschaftswesens. Unter diesem Titel erscheint das neunte Heft der von Max Grünwald (Verlag Kaden & Co., Dresden) herausgegebenen Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Das Heft enthält eine ausgezeichnete einfache und klare Darstellung des vielverzweigten Apparats, den heute eine jede mustergültige gewerkschaftliche Organisation aufweist. Cohen, der erste Bevollmächtigte der größten deutschen lokalen Verbandsstelle der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation, war zu einer solchen Darstellung zweifellos besonders berufen. Das, wie gewöhnlich, sorgfältig ausgestattete Heft von 21 Seiten kostet 40 Pfg. und ist durch jede Buchhandlung wie durch jeden Kolporteur und auch direkt vom Verlage zu beziehen.

Redaktionsschluss für Inserate: Freitags, 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Anzeigenteil

Alleinige Inseratannahme: Josef Wichterich, Leipzig, Bosestrasse 6. — Fernsprecher 2101.

3 unübertroffene

Schriften von Andreas Voß, Berlin W. 57, Potsdamerstr. 64. (Gegen Einsendung des Betrages portofreie Zusendung.)

- 1. Das Pflanzenreich. Interessanteste, leichteste Anleitung zum Bestimmen aller Pflanzenfamilien. 2 Mk.
2. Richtige Betonung der Botanischen Namen. 1 Mk.
3. Grundzüge einer praktischen Wettervorhersage, speziell 1913. 1 Mk.

Günstige Gelegenheit. Eine Baugenossenschaft Groß-Berlins vermietet zum 1. Okt. einen Laden, passend für Blumengeschäft. Dem Mieter werden die gärtnerischen Arbeiten der Genossenschaft im Betrage von ungefähr 2000 M. jährlich übertragen.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw. Kataloge gratis u. franko liefern. Jonass & Co. BERLIN A. 421, Belle-Alliance-Str.

Wir empfehlen folgende Broschüren: Zur Organisationsfrage der herrschaftlichen Privatgärtner von O. Albrecht. Das Koalitionsrecht in Deutschland, Dr. Heinemann, Referat auf dem 8. Gewerkschaftskongress Dresden. Gärtnerei-Personal- und Betriebsverhältnisse in Preußen nach der amtlichen Erhebung 2. Mai 1906 bearbeitet von Alb. Lehmann. Zur Lage der Gärtnerei-Arbeitnehmer in Deutschland. Nach unsrer Statistik 1910, bearbeitet von M. Holzapfel. Geschäftsbericht des A. D. G. V. vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1912. Mitglieder der Organisation erhalten diese Schriften kostenlos. Zu haben in allen Ortsverwaltungen.

Das als Warenzeichen gesetzlich geschützt. „Tutwohl“ extrastarker Karmelitergelst (vorzüglich wirkendes Messingmittel) 12 Fl. Mk. 3.—, bei 24 Fl. Mk. 6.— franko liefern nur die Tutwohl-Werke, Halle a. Saale.

Qualitäts-Wasserschläuche Original „garden hoses“ mit Falz. North British Rubber Company. Berlin SO. 26, Oranienstr. 25. Telefon: Amt Mpl. 3950.

Die handgeschmiedeten Schneidwerkzeuge der Firma Eugen Hahn, Ludwigsburg 8, sind in Schnittfähigkeit und handlichen Formen unübertroffen. Kataloge frei.

Strohdecken aus langem Roggenstroh, extra dicke starke Winterdecken. Reform-Winterdecken. Alb. Jaumann, Stroheckenfabrik, Grossbreitenbach i. Th.

Wollen Sie! Elegant und billig gekleidet gehen, dann verlangen Sie kostenlos unseren Katalog Nr. 4 für getragene Kavaliere-Garderoben. Risiko ausgeschlossen! Bei nichtkonvenierenden Waren wird Geld zurückerstattet! Diamond, München. Buttermehlerstrasse 5.

Frühbeefenster Schattendecken für junge Pflanzen. in Frühbeeten stellt man aus unserem wasserfesten, durchsichtigen Firnis-papier Nr 1408 mit Gewebeeunterlage her.

E. Fritsche Niederoderwitz i. S. Konkurrenzlos! Franko! Erdfarbig-Dreidraht-Lederhose Ia 5.40 II 4.50 III 3.50. Sämtl. Manschetten-Hosen, Stoff-Anzüge.

Olosaria-Perlen das Kurbad zu Hause! Bei Nervenleiden, Schlaflosigkeit, Herz-, Nieren-, Rückenmarks-, Frauen-, Lungen-, juckenden Hautleiden, Arterienverkalkung gebrauchte man: Packung A Vollbad M. 2.—, 10 Bad. M. 18.—. Kerpackung.

Rosenblätter weisse und rote Centifolien trocken und frisch kauft jederzeit J. Bernhardt, G. m. b. H. Leipzig-R., Konstantinstrasse 21.

Geschäftshaus in Goch worin seit langen Jahren eine flotte Samenhandlung betrieben wird, z. verkaufen. Off. u. N. 3143 besorgt das Nieder-rheinische Volksblatt, Goch.

Obst- u. Spargelkultur ausserst billig zu sehr günstigen Bedingungen z. verkaufen Näh. Auskunft erteilt Knopf, Berlin W., Meineke-strasse 26, ev. mit Führung an Ort und Stelle. Karl Heiler, Gross-Kreutz.

suche Lehrstelle Für m. Sohn, 18 Jahre, kräftig in Handels- oder bess. gärtnerischer Brandenburg und Pomm. bevorzugt. Offerten an J. H. 12023 beförd. Rudolf Mosse, Berlin SW.

Unverheirateter Landschaftsgärtner für Anlagen und Gemüseland bei freier Station gesucht. Meldungen mit Gehaltsansprüchen an die Volkshausstätte Heliensen Post Lüdenscheid, erbeten.

Holzwohle geruchfrei, bis zur feinsten Seiden-holzwohle, auch grüne, ca. 20-30%, leichter als Kieferholzwohle, empfiehlt Lochmühle, Wernigerode.

Rheinisch Tafelglas besonders kräftig, liefert preiswert Brauers Glashütte Grossalmerode (Bezirk Cassel).

Beim Einkauf beziehe man sich auf die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung

Verkehrslokale für Gärtner.

Alle Zuschriften wegen Aufnahme von Lokalen unter dieser Rubrik sind ausschliesslich an die alleinige Inseratenverwaltung der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“, Josef Wichterich, Leipzig, Bosestrasse 6, zu richten.

Aachen. Restaurant z. Reichsadler, Adalbertstrasse 92. Versamml. alle 14 Tage. Auskunft dortselbst.
Barmen. Gasthaus: Albert Vogel, Rüdigerstr. 16. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gewerkschafts-Laus, Parlamentsstr. Bureau u. Stellen-anzeige: Gewerbeschulstr. 107, I, Eingang Heiderstr. 34.
Basel. Rest. z. Schnabel, Rümelinpl. Vers. alle 14 Tg. Samst. Arb.-Nachw. d. g. Tag. h. W. Pascher, Jungstr. 24, p.
Berlin N. Rest. P. Dünke, Weissens-burger Str. 67. Vers.-Lok. d. Bezirks Berlin N. Vers. i. l. Mittwoch i. Monat.
Berlin-Schöneberg. Restaurant O. Haendel, Vorbergstr. 9. Vereins-Versamml. jeden Donnerstag nach dem 1. jeden Monats.
Bielefeld. Marktstr. 8, Eisenhütte. Versamml. 2. u. 4. Samstag im Monat.
Bonn. Rest. z. Schneid, Marktstr. 2, III. Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr.
Bonn. Rest. z. Schneid, Marktstr. 2, III. Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr.
Bonn. Rest. z. Schneid, Marktstr. 2, III. Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr.
Bonn. Rest. z. Schneid, Marktstr. 2, III. Sprechstunde von 7 bis 8 Uhr.

Bochum-Herne. Versamml. i. Boch. Samst. nach d. 1., Dorstener Str. 90. in Herne Samst. nach d. 15. Mont. Cent-Str. 37. Auskunft etc. Ober-wetter, Herne, Strückerstr. 22.
Bonn a. Rh. Rest. z. weiss. Haus, Stern-str. 55 (n. Dreieck). Vers. Samst. n. d. 1. u. 15. jeden Monats. Auskunft daselbst.
Bremen. Beerbooms Etablissement, Schwachhausstr. 213. Bez.-Versamml. j. 2. Sonnab. i. Mon. Koll. s. j. Mittag anzufr. Gut. Mittagstisch.
Bremen. Restaurant Peter Grottko, Vor dem Steintor 156. Verkehrslokal d. Gärtner v. Ostertor. Bezirks-Versamml. jed. 1. Sonnabend i. Monat. Kollegen sind abends anzutreffen.
Coblenz. Versamml. jed. 1. Sams-tag im Monat im Restaurant zum wilden Mann, Cestorstr.
Cöln a. Rh. Restaurant Mausbach, Schaafenstr. 410. Vers. Samstags nach d. 1. u. 15. Bur. u. Stellennachw. Gr. Witschgasse 30, II.

Crefeld. Vers. alle 14 Tage Samst. i. Rest. Kühler, Westwall 100. Stell.-Nachw. b. Koll. Kneitner, Mücker-strasse 50. Sprechst. v. 7-9 U. abds.
Dortmund. Bienenhaus, Ostwall 17. Inh. Heinrich Brumert. Vers. Sams-tags n. d. 1. u. 15. i. Mon. Herberge daselbst. Auskunft u. Unterstützung G. Führer, Hohe Strasse 103, II.
Duisburg. Restaurant Bienenhaus, Friedrich-Wilhelm-Platz. Versamml. 14 Täg. Samstags. Herberge daselbst.
Düsseldorf 78. (II. Bez. Rh.-Westf.) Zentralstellennachw.: Wallstr. 10, II.
Eibelfeld. Volkshaus, Hornbücheler-strasse 6. Vers. jed. 4. Freitag i. Mon.
Essen (Ruhr). Rest. H. Schönefeld, Huyssen-Allee 59, am Stadigarten. Versamml. alle 14 Tage Samstags. Stellennachweis: Huyssen-Str. 17, I.
Frankfurt a. M. Gewerkschafts-, am Schw.-Bad u. Stolzestr. 15-15. Vrsiok. d. Orts- u. Bez.-Frankf. Herb. ebenda.
Hagen i. Westfalen. Vereinslok. H. Bornemann, Neumarkt. Ver-sammlung 14 tägig Samstags.

Hamburg. Rest. Kling, Drehbahn 48. Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr.
Hannover. Herberge Nikolaistr. 7. Stellennachweis u. jede Auskunft bei G. Wächter, Warstrasse 18 a, park. Hannover. Hallers Gasthaus, Brock-str. 11. Kolleg. sind jed. Tag zu treffen.
Lankwitz b. Berlin. Verkehrs-u. Vers.-Lok. Rest. Gust. Adler, Char-lottenstr. 34, Ecke Marienstr. Vers. j. Freitag nach dem 1. u. 15. d. Monats. Leipzig. Chr. Vogelmann, Leipzig. Volkshaus, Zimmer 13, II. Sprech-zettel II bis I u. 6 bis 8 Uhr. Sonntags 11 bis 12 Uhr. Herberge i. Volkshaus, Lünebeck. Restaurant i. zu den 4 Jahreszeiten, Stovenstr. 35. Versammlung Sonnabend nach dem 1. des Monats. Daselbst Ausgabe d. Arbeitsmarktes von 8 bis 9 Uhr jeden Freitag.
Magdeburg. Herberge Kl. Kloster-strasse. Restaurant Bähme. Dort ist näheres zu erfragen.
Mannheim. Herberge: Gewerk-schaftshaus F. 4. 8. Versammlungs-lokal i. Restaurant zur Volksstimme, R. 3. 14. Arbeitsnachw. b. P. Haury, Augartenstrasse 71.

Nürnberg. Rest. Albigsgarten, Johannisstr. 28. Versammlung alle 14 Tage Samstag.
Remscheid. Vers. a. 1. u. 3. Donnerst. Bismarckstr. 61. Stell.-Nachw. Fr. Kreisemann, Haddenbrockerstr. 50, II.
Solingen. Gewerkschafts-, Köner Str. 45. Vereinsl. u. Herb. Vers. 14 Täg. Samstags. Jed. Samstag Koll. z. treff.
Stettin. Volkshaus, Gr. Oderstr. 18/20. Vers. jed. 2. u. 4. Samstag im Monat. Ausk. b. O. Schmidt, Friedenstr. 95.
Stuttgart. Gasth. z. Glocke, Marktstr. Verkehrslokal u. Herberge. Arbeit-nachweis städtisches Arbeitsamt.
Velbert (Rheinland). Rest. Engels, Heferstrasse 21. Stellennachweis dortselbst bei Willi Pobig, I. Etage.
Wiesbaden. Gewerkschafts-Haus, Wehrstr. 49. Daselbst Ausgabe des Arbeitsmarktes von 6-7 Uhr.
Zürich. Gasthof hinterer Stern, Bellevueplatz. Vereinslok. u. Herb. Vers. jed. 1. u. 2. Samstag i. Monat. Stellennachweis j. A. 7-8 1/2 Uhr.